



GASTKOMMENTAR

Polizeigewalt ist nicht schlecht, sondern nötig

Es war für Europa eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, als das Gewaltmonopol des Staates errichtet wurde. Diejenigen, die der Polizei wegen des G20-Einsatzes Vorwürfe machen, vergessen das.

Als ich 1991 zum ersten Mal eine Vorlesung an der Kirchlichen Hochschule Zehlendorf in West-Berlin hielt, fand ich am dortigen Schwarzen Brett der Studentenschaft zwei für mich höchst erstaunliche Texte. Der eine war eine „Erklärung gegen Zwangsheterosexualität“: „Frauen werden nicht heterosexuell geboren, sie werden dazu gemacht.“

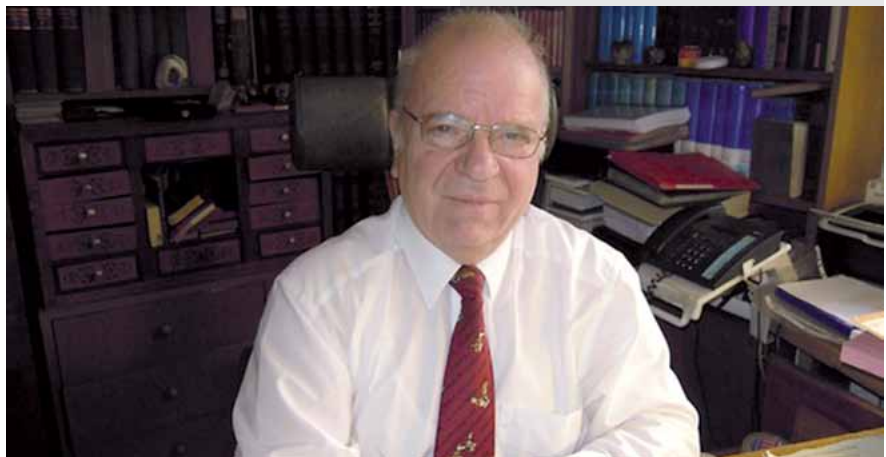
Der andere Text legte dar, dass die Polizei als solche strukturelle Gewalt sei. (Stille Voraussetzung: In einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft braucht man keine Polizei. Christen kennen die Idee einer solchen Gesellschaft: das Himmelreich oder Paradies. Sie bestreiten aber, dass das in dieser Welt möglich sei. Andere, Kommunisten zumal, sind da leichtgläubiger.)

Die Polizei also sei strukturelle Gewalt. Daraus folgt: Wenn wir Gewalt gegen Polizisten anwenden, ist das nur Gegengewalt. Auch der Stein aus heiterem Himmel, der Polizist stand nur da und tat nichts, ist nun Gegengewalt – und Selbstverteidigung oder Notwehr wird ja wohl noch erlaubt sein.

Gesicht, Name und Adresse

Damals, 1991, war die Erinnerung an die Herbstrevolution von 1989 in der DDR noch ganz frisch. Sie stand unter dem eisernen Grundsatz „Keine Gewalt“ vonseiten der Demonstranten, um den Sicherheitskräften keinen Anlass für „Gegengewalt“ zu geben. Aus demselben Grund haben alle Demonstranten Gesicht gezeigt. Wir stehen zu unseren Forderungen mit Namen und Adresse.

Bis nach West-Berlin waren diese Demonstrationserfahrungen offenbar nicht durchgedrungen. Damals hat mich auch die Frage gequält, ob etwa im Westen Theologen besonders ideologiefähig sind.



Prof. Dr. Dr. h.c. Richard Schröder

Bild: Deutscher Bundestag

Sechszwanzig Jahre später scheint diese Argumentation bis in seriöse Redaktionen hinein noch Anhänger zu finden. Gab es beim G20-Gipfel in Hamburg Polizeigewalt? Die einen sagen Ja, die anderen Nein, und beide setzen oft voraus, es wäre schlimm, wenn es Polizeigewalt gegeben hätte. Das ist alles schon eine beachtliche Begriffsverwirrung. Gab es beim G20-Gipfel in Hamburg Polizeigewalt? Meine Antwort lautet: Das will ich doch aber sehr stark hoffen. Wenn es sie unter den gegebenen Umständen nicht gegeben hätte, wäre das ein ganz massives Staatsversagen. Denn Gewalt, hier verstanden als durch Gesetz legitimierte Zwang gegen den Willen der Betroffenen, ist, wenn anderes nicht hilft, die Aufgabe der Polizei. Rechtskräftige Verfügungen der Behörden und Gerichte müssen – auch unter Anwendung von Gewalt – durchgesetzt werden, denn sie sind mehr als Bitten oder Empfehlungen. Diese Gewaltanwendung obliegt außenpolitisch dem

Fortsetzung auf Seite 2

ZUR PERSON

Prof. Dr. Dr. h. c. Richard Schröder

– geb. 1943
– emeritierter Hochschullehrer für Philosophie in Verbindung mit der systematischen Theologie an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin

– Vorsitzender des Beirats beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
– Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Nationalstiftung, Vorsitzender des Fördervereins Berliner Schloss
Nach Ablehnung von der Oberschule Ausbildung und Studium an kirchlichen Ausbildungsstätten in der DDR 1968–1973 Assistent am Sprachkonvikt (Kirchliche Hochschule Berlin Ost)
1973–1977 Pfarrer
1977–1991 Dozent für Philosophie an den kirchlichen Hochschulen in Berlin-Ost und Naumburg
1990 – Mitglied der Volkskammer, Fraktionsvorsitzender der SPD (bis 21. 8.)
1990–2001 Mitglied der Grundwertekommission der SPD
1991–1997 Mitglied des Rates der EKD
1993–2009 Verfassungsrichter des Landes Brandenburg
2001–2007 Mitglied des Nationalen Ethikrates



Fortsetzung von Seite 1

Militär – danken wir Gott, dass dergleichen nun fast 70 Jahre unnötig war – und innenpolitisch der Polizei.

Das Ersthier mag überflüssig werden, das Zweite wird sicher weitere Jahrhunderte unverzichtbar sein. Ganz kurz: Sicher werden in den nächsten Jahrhunderten die Anlässe für Verhaftungen (und die sind



figkeit nicht nach „objektiven“, sprich nachträglich erhobenen Gefährdungslagen beurteilt werden darf, sondern nach dem Wissen und Vermuten der Einsatzleiter zum Zeitpunkt der Entscheidung.

Ob auf dem Dach eines Hauses tatsächlich Molotowcocktails gegen Polizisten bereitstanden oder nicht, ist nicht entscheidend, sondern ob die Vermutung plausibel war, dass

natürlich immer polizeiliche Gewalt nicht verschwinden.

Allein der Staat darf zwingen. Das ist der oberste Grundsatz des Rechtsstaates und der Rechtssicherheit. Ich trage in der Familie keine Waffe bei mir, weil wir uns schätzen und Konflikte lösen können. Ich trage aber auch auf der Straße keine Waffe bei mir, weil ich darauf vertraue, dass im Ernstfall die Polizei mit ihren Waffen mich schützen wird.

Es war für Europa eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, als im 16. und 17. Jahrhundert das Gewaltmonopol des Staates wirksam errichtet und sowohl das Fehdeunwesen als auch die Blutrache durch staatliche Justiz unterbunden werden konnten.

In den Brandenburger gotischen Feldsteinkirchen wurden damals die Kirchenfenster vergrößert. Bis dahin waren sie so schmal, dass kein Mensch eindringen konnte, denn sie waren zugleich Fluchtburgen bei Fehden. Nun konnten sie vergrößert werden und mehr Licht gewähren, weil die „Polizei“ den Landfrieden gewährleistete.

Mit anderen Worten: Das Gewaltmonopol des Staates wurde durchgesetzt. Manche haben das wohl vergessen und bereiten ungewollt den Rückschritt vor, indem sie das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen mit dem Terminus „Polizeigewalt“, der suggeriert, die Polizei dürfe „eigentlich“ keine Gewalt ausüben.

Die Polizei nimmt für den Staat das Gewaltmonopol wahr. Das kann man doch auch an ihrer Ausstattung sehen. Handschellen, Pfefferspray, Schlagstöcke, Pistolen führen sie doch nicht zur Schau mit sich, sondern zur Anwendung, wenn anderes nicht ausreicht.

Allein der Staat darf zwingen. Aber er muss auch zwingen, wenn Menschen die Rechtsordnung nicht akzeptieren.

Eine andere Frage ist die, ob der Einsatz polizeilicher Gewalt immer verhältnismäßig war. Dazu möchte ich aber bemerken, dass die Verhältnismä-

Polizisten die entsprechende Lebensgefahr drohte. Polizisten waren vor möglicher und nicht nur vor erwiesenermaßen tatsächlicher Lebensgefahr zu schützen.

Nun hat gar jemand erklärt, es sei ein Verfassungsbruch, dass in einer Anweisung der Polizei steht, der Schutz der Gäste hätte oberste Priorität. Da habe ich mich an zwei Sprüche meiner Kindheit erinnert, die garstig, aber gar nicht ganz verkehrt sind: „Der Gast, und ist er noch so schlecht, er kommt zuerst, das ist sein Recht.“ Und: „Der Gast, und wenn er noch so stört, so wird er dennoch hoch geehrt.“

Ist was dran an den Sprüchen. Es gab zu keinem Zeitpunkt in Hamburg die Alternative: Gäste schützen oder Hamburger Bürger? Allerdings: Wenn diese Situation eingetreten wäre, wäre nach jahrtausendealten Maßstäben des Gastrechts dem Schutz der Gäste Vorrang einzuräumen gewesen.

Es kam aber gar nicht dazu. Sondern weil die Einsatzleitung Sorge hatte, dass bei einem Vorrücken der Polizei im Schanzenviertel das Leben der Polizisten gefährdet sein könnte, hat sie erst Spezialeinheiten das verdächtige Haus stürmen lassen. Das brauchte Zeit, und die haben Plünderer für ihre vollkommen demoralisierten Aktivitäten genutzt.

Polizisten sind auch Menschen und keine Verbrauchsgegenstände, die man in jede denkbare Gefahr ohne Rücksicht auf Verluste jagen könnte.

Wir leben in Deutschland in friedlichen Zeiten mit Problemen, um die uns die meisten Menschen dieser Welt beneiden, denn sie hätten lieber unsere Probleme als ihre. Unsere Probleme aber können wir, wenn wir unbedingt wollen, so aufbauschen, als würden wir zu den Unglücklichsten dieser Welt gehören. In dieser Kunst haben wir Deutschen ein ganz erhebliches Geschick.

Die GdP-Landesredaktion MV bedankt sich Prof. Dr. theol. habil. Dr. h. c. Richard Schröder für diesen Beitrag

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Oktober 2017 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 3. 9. 2017. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangte eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



G20 NACHBEREITUNG

Der G20-Gipfel – Was bleibt?

Als Landesvorsitzender möchte ich mich an dieser Stelle stellvertretend für die Gewerkschaft der Polizei ausdrücklich bei allen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen bedanken, die – teilweise unter Einsatz ihrer Gesundheit, ja ihres Lebens – diesen Gipfel abgesichert haben. Mein Dank gilt aber auch den Kolleginnen und Kollegen, die in Mecklenburg-Vorpommern während dieser Zeit die innere Sicherheit gewährleisten mussten.

Jeder von uns hat sicher seine eigenen Bilder im Kopf, wenn er an den G20-Gipfel denkt.

Da ist das Bild der feiernden Kollegen aus Berlin. Da ist die Erinnerung an den Blut und Wasser schwitzenden DGL, weil selbst der Einzeldienst personell leergefegt war. Und da ist auch das Bild von Kameradschaft und Teamgeist, wenn es darum ging, 20 Stunden am Stück seinen Mann bzw. seine Frau zu stehen.

Meine Bilder sind leider geprägt von Straftätern und Kriminellen, die aus ganz Europa angereist sind, um menschenverachtende Gewalt gegen Polizeibeschäftigte auszuüben. Die unter dem Deckmantel einer linken Gesinnung Straftaten gegen alles und jeden begangen haben und die in blinder Zerstörungswut ganze Straßenzüge verwüsteten.

Meine Bilder sind aber ebenso die von den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern, welche die Kolleginnen und Kollegen mit Wasser und Snacks auf eigene Kosten versorgt, sich für ihren Einsatz bedankt und ihre Sympathie für die Polizei bekundet haben.

Meine Bilder sind leider aber auch die von Politikern, die sich nicht ihrer Verantwortung stellen, sondern scheinheilige Debatten führen und Gewalt verharmlosen.

Da wird das Plündern eines Supermarktes ganz schnell zur Verteilung von Lebensmitteln umgedeutet. Da wird das Werfen von Gehwegplatten auf die Köpfe von Menschen nicht zum Mordversuch, sondern als Steinwurf heruntergespielt. Man ist sich am Ende sogar nicht zu schade, der Polizei die Schuld an der Gewalt zuzuschreiben und von einer marodierenden Polizei zu sprechen.

Am Ende bleiben viele Fragen. Haben wir genug Bereitschaftspolizei in der BRD? Sind Containerunterbringungen noch zeitgemäß? Wie weit werden die Stundenabrechnungen der jeweiligen Bundesländer auseinandergehen? Von wem werden die verletzten Kolleginnen und Kollegen Schmerzensgeld bekommen? Werden die Gewalttäter ihre gerechte Strafe erhalten? Und, und, und ...

Aber es bleibt auch eine Forderung: Ein solcher Einsatz auf dem Rücken der Polizei darf sich nicht wiederholen!

Denn wenn unsere Kolleginnen und Kollegen tausendfach um ihr Leben fürchten mussten, weil sie mit Molotowcocktails, Stahlgeschossen, Gehwegplatten und anderem angegriffen wurden, wenn Hubschrauberbesatzungen bewusst mit Laserpointern geblendet wurden, wenn Gewalttaten aus dem Hinterhalt geplant und durchgeführt wurden, dann darf es keine schnelle Rückkehr zur Tagesordnung geben!!!

Der G20-Gipfel muss zwingend politisch und polizeilich zügig aufgearbeitet werden! Lehren für die Zukunft müssen nicht nur gezogen, sondern auch konsequent angewendet werden!

WIR stehen wieder in der ersten Reihe und halten unsere Köpfe hin!

– Das darf sich der Rechtsstaat nicht gefallen lassen! –

Mit großer Sorge schaue ich gerade (7. Juli 2017) nach Hamburg, wo Polizisten ihren gesetzlichen Auftrag ausführen und dafür massiv angegriffen werden, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher. Seit Stunden herrscht in Hamburg aufgrund des G20-Treffens der Ausnahmezustand. Straftäter setzen in ganz Hamburg ihrer Spur der Verwüstung. Das darf sich der Rechtsstaat nicht gefallen lassen!

Schumacher: „Der Staat muss nun konsequent durchgreifen und den Taten der Straftäter – ohne Höflichkeiten auszutauschen – Einhalt gebieten. An meine Kolleginnen und Kollegen appelliere ich,



Gewerkschaft der Polizei
OSZE & G20
HAMBURG 2016/2017

GdP Landesvorsitzender Christian Schumacher: "Natürlich ist es unmöglich zu wissen, was in der dieser Woche in Hamburg genau passieren wird. Sicher ist aber, dass es aus Anlass des G20-Gipfels eine Vielzahl von Demonstrationen geben wird. Dass dabei aber alle Teilnehmer von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, wie vom Grundgesetz gefordert, friedlich und ohne Waffen Gebrauch machen werden, ist mehr als fraglich."

Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern
www.gdp.de/mv +++ www.facebook.com/gdp.mv +++ www.twitter.com/GdP_MV

SEID VORSICHTIG, egal wo Ihr Euch gerade im Bereich Hamburg befindet."

Wir möchten nach den uns bekannten Informationen nicht mehr ausschließen, dass auch der Tod von Polizeibeamten in Kauf genommen wird.

„Kommt alle gut in Eure Unterkünfte bzw. nach Hause – ... den über 110 verletzten Kollegen wünsche ich baldige Genesung und gute Besserung, so Schumacher abschließend.



Polizeieinsatz beim G20-Gipfel

Frage: Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte sind während des G20-Einsatzes mit Stand 17. 7. 2017 insgesamt als verletzt gemeldet worden? Wenn möglich, nach Landespolizeien und Bundespolizei aufschlüsseln.

Antwort: 709 Polizeibeamte.

Diese schlüsseln sich wie folgt auf:

Bundespolizei:	39
Bayern:	83
Brandenburg:	2
Berlin:	148
Baden-Württemberg:	30
Bremen:	2
Hessen:	129
Mecklenburg-Vorpommern:	25
Hamburg:	81
Niedersachsen:	56
Nordrhein-Westfalen:	7
Rheinland-Pfalz:	41
Schleswig-Holstein:	26
Saarland:	3
Sachsen:	1
Sachsen-Anhalt:	22
Thüringen:	14

23 000 Polizisten im Einsatz

In der Spitze des Einsatzes seien mehr als 23 000 Polizisten aus allen Bundesländern beteiligt gewesen, sagte Einsatzleiter Hartmut Dudde.

Während des Gipfels habe die Einsatzleitung noch weitere Hundertschaften aus anderen Bundesländern angefordert. Der Entschluss fiel, nachdem vermummte Gewalttäter am ersten Gipfeltag vor allem durch westliche Stadtteile marschiert waren, Geschäfte beschädigt und Autos in Brand gesteckt hatten. Somit setzten sich sofort je eine Hundertschaft des PP Rostock und des PP Neubrandenburg nach Hamburg in Bewegung.

49 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten

Nach den Ausschreitungen während des G20-Gipfels laufen derzeit 49 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte. Das gab eine Sprecherin der Hamburger Innenbehörde am 18. 7. 2017 bekannt. In 41 Fällen lautet der Vorwurf demnach Körperverletzung im Amt. Es geht zudem um

Während des gesamten Einsatzzeitraumes des G20-Gipfels (22. Juni bis 09. Juli 2017) wurden insgesamt 709 Polizisten als verletzt gemeldet.

- davon 700 leicht verletzt
- neun Schwerverletzte --> von Ihnen mussten sieben stationär im Krankenhaus behandelt werden.

Unter den Schwerverletzten ist ein Polizist, der mit einer Zwillie getroffen wurde, ein Polizist mit einem Glassplitter im Auge und einer mit gebrochenem Handgelenk.

Die allergrößte Mehrheit der Polizisten bleibt -Gott sei Dank - leichtverletzt. Dazu gehören Schürfwunden, Prellungen und andere Fälle bei denen die Einsatzkräfte nach kurzer Versorgung wieder eingesetzt werden konnten. (Quelle: Aus Kleiner Anfrage 21/9846)



„Der Vollschutz ist seit 11 Stunden schweißgetränkt...
Sirenen - im Kopf oder real?
Die Sinne funktionieren nur noch eingeschränkt.“

Nötigung, sexuelle Belästigung, Beleidigung oder die Verletzung des Dienstgeheimnisses. In einem Fall handelt es sich um Vorermittlungen. Grundlage können der Behörde zufolge nicht nur Strafanzeigen, sondern auch Hinweise auf Internetseiten sein, die kritisch über Polizeieinsätze berichten.

„Wir hatten Angst!“

..., erzählt der schleswig-holsteinische Polizeiarzt Dr. Thomas Wagner im Schleswig-Holstein Magazin am 26. 7. 2017 des NDR.

„Erst Todesangst und Hilflosigkeit, dann körperliche Probleme“ – solche und ähnliche Geschichten sind es, mit denen die Mitarbeiter vom Polizeipsychologischen Dienst konfrontiert werden. Sie erleben Kollegen, die Angst, teilweise Todesangst hatten und einige, besonders junge Bereitschaftspolizisten, fühlten sich der Situation hilflos ausgesetzt. Schlaf- und

Konzentrationsprobleme oder auch Appetitlosigkeit sind häufige Symptome nach solchen Einsätzen bei Beamten.

Für viele Betroffene ist es außerdem schwer, die Zusammenhänge zu erkennen: „Warum habe ich jetzt Schlafprobleme? Warum habe ich keinen Hunger? Warum bin ich unruhig? Ist das in Verbindung mit dem Einsatz zu sehen?“ sind Fragen, die sich Betroffene häufig stellen. Probleme, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten auftreten können. Bei manchen gleich nach dem Einsatz, bei anderen erst viele Jahre später.

Sollte auch Ihr davon betroffen sein, so scheut nicht, Hilfe zu suchen und anzunehmen.

Unserer Landespolizei stehen von den sozialen Ansprechpartnern, der Polizeiseelsorge, den Polizeiräten, dem ärztlichen Dienst ... eine Menge Möglichkeiten zur Verfügung



G20-NACHBEREITUNG

Wir fordern deutlich mehr als nur warme Worte

„Wenn man die Bilder aus Hamburg gesehen hat, dann kann man nur froh sein, dass es keine getöteten Polizisten gegeben hat“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, mit Blick auf den am Wochenende beendeten G20-Einsatz.



Kräfte der 1. EE des PP Neubrandenburg wurden in der Nähe der Schulterblattstraße eingesetzt.

Foto: BZ_NachtFloh



Zurück aus Hamburg mit diversen Lackschäden, Schäden an den Frontscheiben, den Seitenscheiben oder an den Heckscheiben.

Und weiter: „Der G20-Gipfel in Hamburg verlangte der Polizei personell und materiell alles ab. Da reicht es einfach nicht, Gewalt nur verbal zu ver-



urteilen, der Polizei zu danken, den verletzten Einsatzkräften gute Besserung zu wünschen und auf den nächsten Einsatz zu warten.“

Egal ob Beamter oder Tarifbeschäftigter, egal ob Einheitsführer oder Einsatzbeamter, egal ob Einzeldienstler oder Bereitschaftspolizist, sie alle haben Unglaubliches geleistet. Sonntagsreden über Respekt und Anerkennung sind zwar nicht schlecht, aber ihnen müssen auch Taten folgen. Die GdP fordert daher die Landesregierung auf, nun alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um der außergewöhnlichen Einsatzbelastung schnell und unbürokratisch Rechnung zu tragen.

„Die Einsatzbereitschaft zur Absicherung des G20-Gipfels war enorm. Meine Kolleginnen und Kollegen erwarten jetzt von der Politik deutlich mehr als nur warme Worte“, so Schumacher abschließend.

Der Landesvorstand

SONDERURLAUB

Die Mitarbeiter der BAO Michel – aus MV –, die beim G20-Gipfel in Hamburg im Einsatz waren, bekommen drei Tage Sonderurlaub.

Innenminister Lorenz Caffier (CDU) lobte die eingesetzten Beamten für ihr „professionelles und besonnenes, der Situation angepasstes Handeln“.



G20-NACHBEREITUNG

Kleines Wort – große Wirkung



GdP MV
@GdP_MV

#DANKE an die @GdPBayern für das schnelle bunkern 👍 #GdPvorOrt #GdPEinsatzbetreuung @PolizeiMV #GemeinschaftGewinnt



← Kommentare

Antworten auf Michaelas Kommentar zu [Gewerkschaft der Polizei - GdP Mecklenburg-Vorpommerns Beitrag](#).



Michaela
Wir Hamburger entschuldigen uns von Herzen dafür, daß Ihr das alles, was Idioten angestellt haben, aushalten musstet. Bitte kommt nochmals in unsere schöne Stadt, gern mit Euren Familien und seht, Hamburg distanziert sich von linker und rechter Gewalt... Ihr alle, aus ganz Deutschland, und unseren Nachbarländer, unserer Feuerwehr, ehrenamtlichen Helfer...seid die moralischen Helden des G20 Treffen in Hamburg.

Vor 8 Stunden · Bearbeitet · Gefällt mir nicht mehr · 36 · Antworten



Als Gewerkschaft der Polizei - GdP Mecklenburg-Vorpommern antworten



Die Kolleginnen und Kollegen der Polizeiinspektion Anklam wollen sich auf diesem Weg für die Gastfreundschaft vieler Hamburger Bürger bedanken.



Solidarität mit den Diensthundeführern der Polizei M-V hat Gewerkschaft der Polizei - GdP Mecklenburg-Vorpommerns Foto geteilt.

AM 4. JULI UM 20:55 · 🌐

Dank an die Gewerkschaft der Polizei für die Bemühungen bezüglich unserer temporären Unterkunftsprobleme.



Veit Deubler

Super Leistung! Dankeschön für Euren Einsatz in Hamburg 👍👍

Am 9. Juli um 14:53 · Gefällt mir nicht mehr · 7 · Antworten



Betina Busche

Willkommen zurück! Danke und Respekt für einen wahnsinnig schweren geschafften Einsatz! 👍👍👍👍👍

Am 9. Juli um 19:33 · Gefällt mir nicht mehr · 2 · Antworten



Karsten Pflieger-Leutert

👍👍👍 Respect für Euren Einsatz! Schön, dass ALLE wieder unversehrt gelandet sind..! 👍

Am 9. Juli um 18:35 · Gefällt mir nicht mehr · 3 · Antworten



Regina Hardtmann

♥ Dank für Euren Einsatz , erholt Euch Hamburg sagt Danke



JUNGE GRUPPE (GdP) MECKLENBURG-VORPOMMERN

JUNGE GRUPPE MV **fordert die Verbesserung** **der ballistischen Schutzweste**

Auf der zweiten Landesjugendvorstandssitzung am 28. Juni 2017 hat sich der Landesjugendvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern mit dem Thema ballistische Schutzausstattung intensiv auseinandergesetzt. Im Ergebnis dieser Sitzung ist eine sofortige weitere Verbesserung der Ausstattung zwingend erforderlich. Neben Aspekten des ballistischen und stichhemmenden Schutzes, spielen auch der Tragekomfort und die Zweckmäßigkeit eine wesentliche Rolle.

Die Einführung der taktischen Hülsen würde sich positiv für die Kolleginnen und Kollegen auswirken, da Sie

- einen erhöhten Tragekomfort besitzen,
- den immer größer werdenden Bedarf an Führungs- und Einsatzmitteln Platz bieten
- taktisch und eigensicherungstechnische Vorteile haben,
- aufgrund von anzubringenden Reflektoren die Sichtbarkeit bei Dunkelheit deutlich verbessern,
- bei hohen Temperaturen, außerhalb der Einsatzwahrnehmung jederzeit abgelegt werden können und
- die Akzeptanz zum Tragen der Schutzweste deutlich erhöhen.

Die Nachrüstung der vorhandenen Unterziehschutzweste von Mehler mit einer zusätzlichen taktischen Hülle ist problemlos möglich und muss folglich nur durch den Dienstherrn umgesetzt werden.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) M-V fordert daher, umgehend mit der Nachrüstung der bestehenden ballistischen Unterziehschutzwesten zu beginnen und diese alternativ zu adäquaten Überziehschutzwesten umzugestalten genauso wie dies andere Landes- und die Bundespolizei es schon umgesetzt haben!

Sebastian Weise,
Landesjugendvorsitzender

GRATULATION

HERZLICHEN **GLÜCKWUNSCH!**

zur Ernennung



Wir – die Gewerkschaft der Polizei – GdP Mecklenburg-Vorpommern – gratulieren den 70 Kolleginnen und Kollegen erstmalig zu den bestandenen Prüfungen und zur Ernennung.

Für Eure möglichen Sorgen, Probleme und Nöte stehen wir gern für Euch bereit.

zum 70. Geburtstag



Gerhard Berg feierte im Juli seinen runden Geburtstag. Renate Randel vom GdP-Seniorenvorstand überbrachte die Glückwünsche.



Blaulichtfete – die Party für alle, die mit Blaulicht fahren oder auch lieber nicht ... D – für Krankenschwestern, Ärzte, Polizei, Feuerwehr und Bürger ...

Sie sorgen bei jedem Wetter für Sicherheit auf den Straßen, retten Leben und holen verirrte Katzen von den Bäumen – die Frauen und Männer, die mit Blaulicht durch die Straßen von Mecklenburg-Vorpommern fahren.

Und einmal im Jahr heißt es: Dienstreif! Dann wird traditionell im Rostocker LT-Club gefeiert!

Und nicht nur aus Rostock kommen die Gäste, sondern aus ganz Mecklenburg-Vorpommern! Dafür werden Shuttlebusse aus verschiedenen Richtungen die Gäste ranfahren. Soweit hat sich die Party schon herumgesprochen. Neben grandioser Partymusik erwartet die Gäste eine wirklich ausgelassene Stimmung. Sowohl für alle, die mit Blaulicht fahren und natürlich auch für alle anderen Partygäste!

SOCIAL MEDIA

GdP M-V **auf Facebook**



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.
www.facebook.com/gdp.mv



TARIFVERHANDLUNGEN

BOMBENSTIMMUNG – Endlich starten die Tarifverhandlungen für den Kampfmittelräumdienst

– „Brandbrief“ scheint Wirkung gezeigt zu haben –

Bereits 2013 ist eine Tariffkommission der Gewerkschaftsseite eingerichtet worden, die sich mit den Forderungen für einen Flächentarifvertrag der Kampfmittelräumdienste beschäftigt. Diese Kommission hat bereits 2014 ihre ausgearbeiteten Forderungen gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) geäußert und diese zur Aufnahme von Verhandlungen aufgefordert. Leider ohne Erfolg.

In der April-Ausgabe der „DEUTSCHE POLIZEI“ dieses Jahres ist ein „Brandbrief“ an die TdL veröffentlicht worden. In diesem Brief fordern die Kampfmittelräumdienste die TdL auf, endlich auf ihre Forderungen zu reagieren. Seit dem Jahr 2013 bereiten sich die Kolleginnen und Kollegen auf eine Überarbeitung ihrer Tarifverträge vor.

Grundlage für die Verhandlungen soll auf Gewerkschaftsseite der Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der im Kampfmittelräum-

dienst beschäftigten Arbeitnehmer des Landes Hamburg (TV?Mun?Hmb) sein.

Zudem soll über neue Eingruppierungsregelungen, eine Taucherzulage, Zusatzurlaub, Gruppenunfallversicherung und Erschwerniszuschlägen verhandelt werden.

Der „Brandbrief“ scheint nun jedoch Wirkung gezeigt zu haben. Am 11. Juli gab es einen Verhandlungsaufakt.

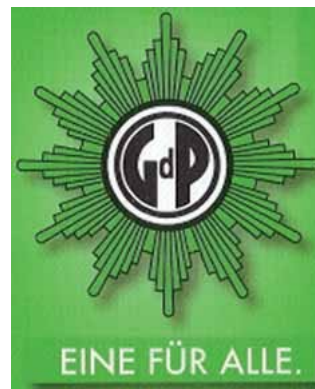
Die TdL würde den TV?Mun gern als Sonderregelung in den TV?L ein-



fügen und die Eingruppierung als weiteren Unterabschnitt in die Entgeltordnung TV?L aufnehmen.

Darüber wird nun die Tariffkommission zu diskutieren haben. Ein weiterer Verhandlungstermin soll am 24. Oktober 2017 stattfinden. Eine abschließende Verhandlungsrunde ist dann für Anfang November 2017 vorgesehen.

Wir sind gespannt und halten Euch auf dem Laufenden!



KREISGRUPPE WOLGAST

Traditionelles Sportfest des Polizeireviere Heringsdorf

Am 28. 6. 2017 fand bei optimalen Wetterbedingungen das traditionelle Sportfest des Polizeireviere Heringsdorf auf der Sportanlage in Zinnowitz statt. 55 Kollegen aus den Polizeireviere Heringsdorf und Wolgast, der KPI Anklam, den KKasten Heringsdorf, Wolgast sowie der WSPI Wolgast waren der Einladung der Organisatoren gefolgt.



Hochmotiviert wurde so manche persönliche Bestleistung bei der Normabnahme zum Deutschen Sportabzeichen aufgestellt. Bei der Spaßdisziplin „Weihnachtskrückenweitwurf“ siegte PM Toren Gipp mit unglaublichen 15 m. Die KG Wolgast unterstützte diese gelungene Veranstaltung, welche vom Org-Team her-

vorragend vorbereitet wurde. Diesbezüglich wurde auch an das leibliche Wohl nach der Veranstaltung gedacht.

Kreisgruppenvorstand Wolgast

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein, oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle. Gewerkschaft der Polizei (GdP) Landesbezirk M-V

Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin, oder:

– per Fax an: 03 85/20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp.de

Eure GdP-Landesgeschäftsstelle

